

Kein Grund zur Panik

Die Perspektiven der öffentlichen Alterssicherung sind wesentlich besser, als uns viele weismachen wollen.

Autor: Josef Wöss

Leiter der Abteilung Sozialpolitik
der AK Wien

Können wir uns die Pensionen noch leisten? Wie wird das sein, wenn die Zahl der Älteren in Zukunft kräftig steigt? Leben die Älteren auf Kosten der Jugend? Derartige Fragen werden nicht nur von WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, sondern auch an den Stammtischen heftig diskutiert. Da und dort gehen die Meinungen weit auseinander. Im Folgenden wird zuerst die finanzielle Entwicklung der gesetzlichen Pensionsversicherung seit 1970 beleuchtet. Beim Blick nach vorn steht anschließend kurz der bevorstehende demografische Wandel im Fokus. Abschließend werden die Finanzierungsperspektiven der öffentlichen Alterssicherung erörtert.

Pensionsausgaben 1970–2010

Zwischen 1970 und 2010 ist die Zahl der Pensionen aus der gesetzlichen Pensionsversicherung ganz enorm in die Höhe gegangen, von 1,28 Mio. auf 2,22 Mio. Der Blick in die Statistik zeigt, dass es ganz gut gelungen ist, die dafür erforderlichen Ausgaben in Grenzen zu halten. Seit Mitte der 1980er-Jahre sind die Pensionsausgaben über lange Zeit nicht stärker gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Erst mit der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen BIP-Einbruch 2009 war wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Auch der Bundesbeitrag ging mit der Krise deutlich in die Höhe. In der Krise nahm die gesetzliche Pensionsversicherung ihre Funktion

Vorausschätzung der öffentlichen Pensionsausgaben in Österreich					
	BIP real*	Pensionsaufwand Pensionsversicherung	Pensionsaufwand Beamte	Pensionsaufwand gesamt	Bundesmittel (PV + Beamte)
relativ zu BIP					
2010	284 Mrd. €	10,6 %	3,5 %	14,1 %	5,7 %
2020	339 Mrd. €	11,7 %	3,4 %	15,1 %	6,6 %
2030	387 Mrd. €	13,4 %	3,3 %	16,7 %	8,2 %
2040	444 Mrd. €	14,1 %	2,4 %	16,5 %	7,9 %
2050	509 Mrd. €	14,8 %	1,6 %	16,4 %	7,8 %
2060	579 Mrd. €	14,7 %	1,4 %	16,1 %	7,5 %

Quelle: EU Ageing Report 2012; BMF

* Geldwert 2010 / Annahme: BIP-Steigerung um durchschnittlich 1,43 % p. a.

als „automatischer Stabilisator“ wahr und trug damit ganz wesentlich dazu bei, einen noch schlimmeren Wirtschaftseinbruch zu verhindern. Die Tatsache, dass damit zwangsläufig (vorübergehend) auch ein höherer BIP-Anteil und ein höherer Bundesbeitrag einhergehen, wird in der „Spardiskussion“ im aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Umfeld oft übersehen. Erreicht wurde die weitgehende Stabilisierung der Ausgaben (relativ zum BIP) ab Mitte der 1980er-Jahre nicht zuletzt durch die zahlreichen seit damals durchgeführten Pensionsreformen. Viele dieser Reformen waren ganz klar darauf ausgerichtet, die Pensionen langfristig finanzierbar zu halten.

Nach dem Regierungswechsel im Jahr 2000 kam ein weiteres Ziel ins Spiel. Vor allem mit der Reform 2003 wurde ein Systemwechsel angestrebt. „Weniger Staat, mehr privat“ war damals eine zentrale Losung, die die schwarz-blau-orangefarbene Regierung auch im Bereich der Pen-

sionen umzusetzen versuchte. Spätestens durch die Börseneinbrüche 2008/2009 wurde deutlich, dass die Gewerkschaften, die AK und die damaligen Oppositionsparteien gut beraten waren, sich dagegen mit aller Kraft zur Wehr zu setzen.

Demografischer Wandel

Der demografische Wandel ist ohne Zweifel eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Nach den aktuellen Bevölkerungsvorausschätzungen der Statistik Austria wird in Österreich die Zahl der über 65-jährigen Menschen bis zum Jahr 2050 von derzeit 1,48 auf 2,64 Mio. ansteigen. Diese Änderung ist gewaltig und erfordert Anpassungen in vielen Bereichen. Leider verstellen irreführende Darstellungen oft den Blick auf angemessene Antworten in der Alterssicherung.

Sehr häufig wird z. B. aus dem steigenden Altenanteil abgeleitet, dass sich das Verhältnis zwischen PensionistInnen